



Legislative, Exekutive, Judikative, **Monetative!**

Endlich ein echter Lösungsvorschlag für die Finanzkrise: In Deutschland fordert eine Gruppe um die beiden Wirtschaftsprofessoren Joseph Huber und Bernd Senf unter dem Titel «Monetative» die Beschränkung der Geldschöpfung auf die öffentliche Hand. Ihr Vorschlag bietet eine Menge überzeugender Vorteile. Aber weil er die lukrative Geldschöpfung durch die Privatbanken beendet, wird er wohl erkämpft werden müssen.

Nur die wenigsten Menschen wissen, von Zeitpunkt-Leserinnen und -Leser einmal abgesehen, dass der grösste Teil der enormen Geldschöpfung nicht durch die Zentralbanken erfolgt, sondern durch die Banken. Jedes Mal, wenn ein Bankkunde einen Kredit erhält, steigt die Geldmenge um den entsprechenden Betrag abzüglich der gesetzlich geforderten Reserve von 2,5 bis 10 Prozent. Rund 80 Prozent der horrenden Summen, die in den letzten Jahrzehnten in das Finanzsystem gelangten, wurden von den Banken geschöpft. Das Geschäft ist ebenso lukrativ wie zerstörerisch: Die Banken verlangen natürlich auch Zins auf Geldern, die sie selber geschöpft haben. Aber weil nur Kapital geschaffen wird und nicht Kapital plus Zinsen, haben die Volkswirtschaften als Ganzes immer mehr Schulden als Guthaben. Und weil die Zinskurve exponentiell ist, klappt die Schere immer weiter auseinander. Die «Lösung» des Finanzsystems für dieses unlösbare Problem bestand darin, ständig neue, noch undurchsichtigere Papiere zu erfinden, die sichere Gewinne versprochen und von den Banken als Sicherheiten für weitere Kredite angenommen wurden, um das Karussell am Laufen zu halten. Seit einem Jahr ist das Ende dieses Spiels offensichtlich. Dank Krediten

in Billionenhöhe (für die der Steuerzahler gerade stehen muss), konnte das Ende noch etwas hinausgezögert werden, gelöst ist das Problem selbstverständlich nicht. Hier setzt die «Monetative» an, die von den Initianten wie folgt beschrieben wird (leicht gekürzt):

Alles Geld soll ausschliesslich von einer unabhängigen öffentlichen Stelle geschöpft werden. In der Europäischen Währungsunion fällt diese Rolle der Europäischen Zentralbank und ihren nationalen Mitgliedsbanken zu. Sie sollen endgültig zur Vierten Gewalt im Staat werden: zur Monetative, in Ergänzung der Legislative, Exekutive und Judikative. Die Zentralbank, ähnlich wie die Gerichte, muss unabhängig gestellt und nur dem Gesetz verpflichtet sein – unabhängig gegenüber Begehrlichkeiten von Regierung und Parlament, aber auch gegenüber Forderungen der Banken und anderer Geschäftsinteressen. In einer solchen Geldordnung können auch lokale Komplementärwährungen oder kooperative Verrechnungssysteme ihren Platz haben.

Die angestrebte Reform der Geldschöpfung ist einfach: Die Guthaben auf Girokonten werden zu gesetzlichen Zahlungsmitteln gleich Münzen und Banknoten erklärt. Nur noch

Mit der Geldschöpfung in öffentlicher Hand ergibt sich die einmalige Gelegenheit, die drückende Staatsschuld in wenigen Jahren um die Hälfte abzubauen – geräuschlos und ohne schmerzliche Einschnitte.

das System staatlicher Zentralbanken – die Monetative – ist autorisiert, diese Zahlungsmittel zu schöpfen. Dadurch geschieht mit dem unbaren Geld heute das Gleiche wie bis vor hundert Jahren mit den Banknoten. Damals wurden privat ausgegebene Banknoten durch staatliche Zentralbanknoten ersetzt. Heute geht es darum, das schuldenverhaftete, instabile und unsichere Giralgeld der Geschäftsbanken zu schuldenfrei geschöpftem staatlichem Vollgeld zu machen. Das heute nur teilverstaatlichte Geld (5–20 Prozent Münzen und Banknoten) wird so vollends verstaatlicht, nicht aber die Banken.

Regierung und Parlament hätten an die unabhängige staatliche Zentralbank keinerlei Ansprüche zu stellen. Jedoch soll das neu geschöpfte Geld zinslos der Regierung überlassen werden, die es durch öffentliche Ausgaben in Umlauf bringt. Zuletzt handelte es sich in der Europäischen Währungsunion um 200–350 Mrd Euro jährlich, davon in Deutschland 60 Milliarden. Das wären 5,5 Prozent des öffentlichen Gesamthaushalts. (...)

Private und öffentliche Geschäftsbanken können an den Finanzmärkten im gesetzlichen Rahmen weiterhin frei agieren. Lediglich können sie kein Giralgeld mehr schöpfen, sondern nur mit dem Geld operieren, das sie selbst einnehmen oder am Geldmarkt oder von Kunden aufnehmen, und das sie somit bar in der Kasse oder unbar auf ihrem Zentralbankkonto haben.

Die Unterbindung der Bankengeldschöpfung kann auf einfache und reibungslose Weise erfolgen: Die bisherigen Girokonten der Kunden werden aus der Bankenbilanz herausgelöst und separat als Geldkonten in eigenem Recht geführt.

Eine solche Reform hätte fünf bedeutende Vorteile.

Erstens wäre das Geld sicher, auch ohne Staatsgarantie, denn unbare Geldguthaben könnten bei Insolvenz nicht mehr verschwinden. Der allgemeine Zahlungsverkehr wäre auch in einer Bankenkrise nicht gefährdet. Politik und Öffentlichkeit wären durch Banken Krisen nicht mehr erpressbar.

Zweitens wären der Über- und Untersteuerung des Geldangebots durch die Banken Grenzen gesetzt. Für spekulative Exzesse auf Pump ginge den Märkten der allzu billig verfügbare Geldtreibstoff aus. Der Geldfluss würde sich verstetigen, Konjunktur- und Börsenzyklen würden moderater verlaufen.

Drittens, und im Gegensatz zur heutigen inflationären Geldschöpfung der Banken, hätte die Zentralbank die Geldmenge erstmals unter vollständiger Kontrolle. Sie kann

Spekulationsblasen und Preisinflation wirkungsvoll vorbeugen, indem sie die Geldmenge in Übereinstimmung mit dem realwirtschaftlichen Entwicklungspotenzial steuert.

Viertens käme der laufende Gewinn aus der Geldschöpfung – die Seigniorage – ungeschmälert dem öffentlichen Haushalt zugute, nicht länger den Banken als unverdienter Extragewinn. Ein inflationsneutraler Zuwachs der Geldmenge entspricht dem zu erwartenden Wachstum der Realwirtschaft. So entsprechen nach heutigen Massstäben 1 – 3 Prozent Wirtschaftswachstum in Deutschland einem Geldmengenzuwachs und somit einer Seigniorage in Höhe von 25 – 75 Mrd Euro. Damit lassen sich 2,4 – 7,2 Prozent der öffentlichen Gesamtausgaben bestreiten.

Fünftens, und aktuell von besonderer Bedeutung, ergibt sich die einmalige Gelegenheit, die drückende Staatsschuld in wenigen Jahren um die Hälfte abzubauen – geräuschlos und ohne schmerzliche Einschnitte. Denn mit der Reform tritt Vollgeld, das schuldenfrei per Seigniorage in Umlauf kommt, an die Stelle des heutigen, verzinslich per Kredit geschöpften Geldes (...) Dieser verzinsliche Bestand an altem Kreditgeld würde im Verlauf weniger Jahre durch Vollgeld substituiert, woraus der öffentlichen Hand einmalig eine entsprechend hohe Übergangs-Extraseigniorage zuflösse. Damit kann der öffentliche Schuldenstand abgebaut werden. Ende 2008 handelte es sich in Deutschland um Giralgelder in Höhe von 638 Mrd Euro, darüber hinaus um Kreditschulden der Banken bei der Zentralbank in Höhe von 278 Mrd Euro, zusammen 916 Mrd Euro. Das entsprach 55 Prozent der gesamten Staatsschuld in Höhe von 1.652 Mrd Euro zu diesem Zeitpunkt. (Zitat Ende)

Einleitung: CP

Weitere Infos: www.monetative.de

Die Monetative führt am 21. November einen **Workshop über die Geldschöpfung in öffentlicher Hand** durch (10.00 bis 18.00 Uhr, Galerie Gondwana, Merseburger Strasse 14, Berlin-Schöneberg).

Bei der **Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung INWO Schweiz** wird nach einem Seminar mit Joseph Huber von Mitte Oktober die Lancierung einer Volksinitiative diskutiert. Mehr dazu im nächsten Zeitpunkt oder unter www.inwo.ch

Buchtipps:

Joseph Huber und James Robertson: Geldschöpfung in öffentlicher Hand – Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter. Gauke Verlag, 2008, Euro 12,90

In dem leicht lesbaren Buch erklären die beiden Wirtschaftswissenschaftler, wie die unkontrollierte Geldschöpfung durch die Banken zur Finanzkrise geführt hat und wie sich unser Finanzsystem durch die Beschränkung der Geldschöpfung auf die öffentliche Hand stabilisieren lässt. Der seit langem beste Vorschlag zur Reform unseres Geldwesens.

